

Die Niederlande

Monika Sie Dhian Ho*

Im Jahr 2017 sorgten die niederländischen Parlamentswahlen weltweit für Schlagzeilen. Die internationale Presse sah die Niederlande „in der Frontlinie der populistischen Rebellion.“¹ Zur Frage stand, ob die Niederlande dem „Brexit“ mit einem „Nexit“ folgen würden.² Nach der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und dem knappen Sieg der „Leave“-Wähler im britischen Referendum richteten sich – nicht zuletzt in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen in Frankreich und Deutschland – kurze Zeit alle Blicke auf Geert Wilders. Seine Partei für die Freiheit (Partij voor de Vrijheid, PVV), die in ihrem Wahlprogramm als wichtigste Punkte den Austritt der Niederlande aus der EU sowie die Schließung aller Moscheen und Auffangzentren für Menschen, die Asyl beantragt haben, befürwortete, konnte jedoch mit 20 von 150 Sitzen keinen Durchbruch erzielen. Die Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie, VVD) des amtierenden Ministerpräsidenten Mark Rutte blieb mit 33 Sitzen die größte Fraktion im niederländischen Parlament. Schon vor den Wahlen hatten viele Parteien eine Koalition mit Wilders ausgeschlossen. Es folgten die längsten Koalitionsverhandlungen aller Zeiten für die Niederlande. Daraus ging eine proeuropäische Vier-Parteien-Regierung hervor, mit der liberalen VVD, den Christdemokraten (CDA), der sozialliberalen D'66 und der konservativen „Christen Unie“.

Der Koalitionsvertrag des dritten Rutte-Kabinetts nimmt klar zur europäischen Zukunft der Niederlande Stellung: „Während in Europa die Rolle der Union überdacht wird, steht bei uns im Vordergrund, dass die Niederlande untrennbar mit der EU verbunden sind.“³ Das stimmt auch mit den Auffassungen der niederländischen Bürger überein: Nur zwanzig Prozent der Bevölkerung befürwortet den Austritt der Niederlande aus der EU. Überdies ging aus den regelmäßigen Meinungsumfragen des niederländischen sozialen und kulturellen Planungsdiens (Sociaal Cultureel Planbureau, SCP) hervor, dass seit dem Brexit-Referendum die Resonanz der Gegner eines EU-Austritts erheblich gestiegen war.⁴ Die SCP-Meinungsforscher brachten dieses Ergebnis mit den erwarteten negativen Folgen des Brexits für Großbritannien in Zusammenhang. Auch der nationale Bericht des Eurobarometers über die Niederlande zeigt relativ hohe Bewertungen für die allgemeine Unterstützung für die EU. So äußern sich über zwei Drittel (68 Prozent) der Niederländer positiv über die Zukunft der Europäischen Union.⁵

* Aus dem Niederländischen übersetzt von VVH Business Translations.

1 Simon Nixon: Dutch Skepticism About the EU Remains a Force. Pro-European parties won in the Netherlands in 2017, but the Dutch worry about more than immigration, in: *The Wall Street Journal*, 28.1.2018.

2 Anna Holligan: Will Dutch follow Brexit with Nexit or stick to EU?, in: *BBC News*, 7.7.2016.

3 VVD, CDA, D66, ChristenUnie: *Vertrouwen in de toekomst. Regeerakkoord 2017 – 2021*, 10. Oktober 2017, S. 49.

4 Sociaal Cultureel Planbureau: *Continu Onderzoek Burgerperspectieven*, 2016/3, 29.9.2016.

5 Standard-Eurobarometer 88: *Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Nationalbericht Niederlande, Herbst 2017*, S. 3.

Obwohl die Niederlande die EU-Mitgliedschaft unterstützen, sind sie in Brüssel als kritisch bekannt. Zu denken ist an das 2012 von Ministerpräsident Rutte abgegebene Wahlversprechen, es werde kein Cent mehr nach Griechenland gehen, an das im Referendum vom April 2016 ausgesprochene „Nein“ zum Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine und an den Widerstand gegen französisch-deutsche Pläne zur Vertiefung der Eurozone. Durch die Erfahrungen mit der Finanzkrise und der Eurokrise ist das Vertrauen der Niederländer zu den EU-Institutionen und den anderen Mitgliedstaaten zurückgegangen. Besonders das Gefühl, die Niederlande hielten sich an die Regeln, die anderen Mitgliedstaaten aber nicht, lässt die Solidarität erodieren. Daher steht als erste europäische Priorität im Koalitionsvertrag, dass Regeln und gefasste Beschlüsse konsequent um- und durchgesetzt werden müssen. Vor diesem Hintergrund sind die Kernaussagen aus dem Regierungsabkommen des dritten Rutte-Kabinetts zu lesen:

„Die EU darf keine Schuldengemeinschaft werden. Darum ist es für die Regierung maßgeblich, dass keine weiteren Schritte in die Richtung einer Transferunion unternommen werden, auch nicht durch die Einführung von Eurobonds oder bestimmter Formen davon.“⁶

Weiterhin ist dem Koalitionsvertrag nicht viel über eine Zukunftsvision für die EU zu entnehmen. Als man Ministerpräsidenten Rutte darauf ansprach, verteidigte er seine pragmatische Europapolitik mit einem Zitat von Helmut Schmidt: „Wer eine Vision hat, der soll zum Arzt gehen“. Auch in einer lang erwarteten Europa-Rede, die Rutte in Berlin gehalten hat, fehlte eine übergreifende Perspektive. Seine prägnanteste Aussprache bezog sich auf die Ablehnung des europäischen Mantras der „immer engeren Union“ sowie der föderalen Lösung als schlussendliches Ziel der europäischen Integration.⁷ Da seitens der Regierung keine neuen Horizonte abgesteckt wurden, entsprach die Perspektive einer Union, die für die Niederlande Ergebnisse erzielt und die nicht zu viel kostet.

Die Brexitentscheidung zwingt zur Neuausrichtung des geopolitischen Kompasses

Der angekündigte Austritt Großbritanniens wird die Niederlande wirtschaftlich relativ hart treffen. Vor allem wird er als Schock empfunden, weil die Niederlande sich seit jeher mit den Briten verwandt fühlen. Ausgehend von ihrer Position als kleines Land am Rande Europas, zwischen den Großmächten Deutschland und Frankreich, haben die Niederlande sich einerseits immer auf hegemoniale Nationen außerhalb des europäischen Kontinents konzentriert und andererseits eine Depolitisierung des wirtschaftlichen Austauschs zwischen den europäischen Nationen angestrebt. Mit diesen zwei Konstanten in der Außenpolitik – Anti-Kontinentalismus und wirtschaftlicher Pazifismus – wollten die Niederlande die Folgen der ungleichen Machtverhältnisse innerhalb des europäischen Kontinents neutralisieren.⁸ Seitdem Großbritannien der EU beigetreten war, konnten die Niederlande sich auf London verlassen, wenn es um den Vorrang der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen und um Impulse für den Binnenmarkt ging. Zwar erwiesen sich die ambivalenten Briten in der Praxis nicht als die Verbündeten und Geistesverwandten, die man sich in den Niederlanden bei ihrem EWG-Beitritt 1973 erhofft hatte. Aber mit der Brexitentscheidung ist einer der Grundpfeiler der niederländischen Außenpolitik ins Wanken geraten. Ist eine französisch-deutsche Dominanz innerhalb der EU zu

6 VVD, CDA, D66, ChristenUnie: Vertrouwen in de toekomst. 2017, S. 50.

7 Ansprache des niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte bei der Bertelsmann-Stiftung in Berlin: „Weniger versprechen, mehr halten - Das Versprechen Europas erfüllen“, 2.3.2018.

8 Paul Scheffer: Een tvreden natie: Nederland en het wederkerend geloof in de Europese status quo, Amsterdam: Bert Bakker 1988, S. 27.

befürchten? Gibt es noch ein Gegengewicht zu Protektionismus und Verschwendungssucht im Süden?

Die primäre Reaktion der Niederlande besteht darin, die Rolle Großbritanniens zu übernehmen.⁹ So schmiedete Finanzminister Wopke Hoekstra Anfang 2018 eine Koalition mit anderen nordwesteuropäischen Ländern.¹⁰ Beim Wegfall des Vereinigten Königreichs als treuem Verbündetem tritt die andere Kontinuität aus der Außenpolitik zutage: Das Vertrauen auf die relativ kleinen kontinentalen nordeuropäischen Länder wie Dänemark, Finnland, Schweden, die baltischen Länder und Irland (und manchmal auch Belgien und Luxemburg). So stellten sich die Niederländer an die Spitze der „Hanse-Koalition“ als Gegengewicht zu den ambitionierten Reformplänen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron für die Eurozone.¹¹

Auch im Vorfeld der Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) treten die Niederlande in die britischen Fußstapfen, indem sie im Hinblick auf den Umfang des neuen MFR eine harte Linie fahren. In der Erklärung über den Zustand der EU 2018 äußert sich das niederländische Kabinett wie folgt: „Die Niederlande sind der Ansicht, dass eine kleinere EU auch einen kleineren EU-Haushalt bedeutet, und wollen darum vermeiden, für den britischen Austritt zu bezahlen.“¹² Von 2000 bis 2015 waren die Niederlande – trotz spezifischer Nachlässe – hinsichtlich des Prozentsatzes am Nationaleinkommender größte Nettoszahler.¹³ In der niederländischen Presse wird vorwiegend die harte Haltung im Hinblick auf den MFR vertreten, wobei die Hanse-Koalition besonders im Blickpunkt steht.

Hinter den Kulissen befindet sich die niederländische Europapolitik jedoch in Bewegung, um der doppelten Fragestellung gerecht zu werden, wie es ohne die Briten, aber auch mit Europa weitergehen soll. Mit seiner auf Anfrage der zweiten Kammer des niederländischen Parlaments abgegebenen Empfehlung „Coalitievorming na de Brexit. Allianties voor een Europese Unie die moderniseert en beschermt“ (Koalitionsbildung nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU. Allianzen für eine Europäische Union, die modernisiert und schützt), wollte der Beirat für internationale Fragen (Adviesraad Internationale Vraagstukken, AIV) die öffentliche Debatte über den niederländischen Europakurs und die Koalitionsbildung voranbringen. Nach Ansicht des AIV zwingen der britische EU-Austritt und die Präsidentschaft Donald Trumps zu einer „Neuausrichtung des geopolitischen Kompasses im Hinblick auf die Nachbar- und Partnerländer der Niederlande auf dem Kontinent.“¹⁴ Obwohl es sinnvoll erscheint, die Stimmen von Gleichgesinnten zu bündeln und so die Resonanz für die eigene Meinung zu verstärken, hält der AIV die Hanse-Koalition als diplomatische Antwort auf den

9 Die nächsten Absätze basieren größtenteils auf Untersuchungen, die im Kontext der Empfehlung des Beirats für internationale Fragen („Adviesraad Internationale Vraagstukken“, AIV), „Coalitievorming na de Brexit. Allianties voor een Europese Unie die moderniseert en beschermt“ (Koalitionsbildung nach dem Brexit. Allianzen für eine Europäische Union, die modernisiert und schützt), Den Haag: AIV, September 2018, ausgeführt wurden.

10 Position EWU Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Lettland, Litauen, Niederlande und Schweden, 6.3.2018, abrufbar unter <https://www.rijksoverheid.nl/documenten/publicaties/2018/03/06/position-emu-denmark-estonia-finland-ireland-latvia-lithuania-the-netherlands-and-sweden> (letzter Zugriff: 17.10.2018).

11 Vgl. hierzu die Beiträge „Haushaltspolitik“ und „Frankreich“ in diesem Buch.

12 Rijksoverheid: De Staat van de Europese Unie 2018, Kamerstukken, 27.11.2017, S.5, abrufbar unter: <https://www.rijksoverheid.nl/documenten/kamerstukken/2017/11/27/bijlage-kamerbrief-inzake-staat-van-de-unie-2018> (letzter Zugriff: 17.10.2018).

13 Centraal Bureau voor de Statistiek: Nederland deze eeuw grootste nettobetaler van de EU, CBS, 16.12.2016, abrufbar unter: <https://www.cbs.nl/nl-nl/nieuws/2016/50/nederland-deze-eeuw-grootste-netto-betaler-van-de-eu> (letzter Zugriff: 17.10.2018).

14 Van Middelaar/Sie Dhian Ho: Vaarwel Britten, het is tijd voor een nieuw Europa, 2018.

Austritt Großbritanniens für unglaublich. Eine nur aus kleinen Ländern gebildete Koalition – in der internationalen Presse als „Mark Rutte und die sieben Zwerge“ bezeichnet – ermöglicht in der EU nämlich weder Mehrheiten für Initiativen noch Blockademinderheiten, da in der Beschlussbildung die Bevölkerungszahl mitberücksichtigt wird und allein schon Italien mehr Einwohner hat als alle „Hanse“-Mitgliedstaaten zusammen. Deutschland und Frankreich hingegen bilden zusammen schon fast eine blockierende Minderheit.

Zudem reicht die von der Hanse-Koalition vertretene ‚britische‘ EU-Agenda nicht mehr aus. Das tiefgreifend veränderte internationale Umfeld der EU, aber auch die gesellschaftlichen Spannungen innerhalb der EU setzen ein neues europäisches Narrativ voraus. Bürgerinnen und Bürger in den Niederlanden und in Europa wollen heute nicht mehr nur die von der EU gebotenen Freiheiten, sondern auch Schutz und Unterstützung bei der Modernisierung. Vor diesem Hintergrund wird in verschiedenen Politikbereichen eine Anpassung des niederländischen Europakurses und der Koalitionen sichtbar.

Im wirtschaftlichen Bereich steht nicht mehr nur die Verstärkung der marktwirtschaftlichen Mechanismen im Vordergrund, sondern es geht auch um eine strategische Entscheidung für Investitionen in die Modernisierung der europäischen Wirtschaft: In die digitale Wirtschaft, in Forschung und in die Verbesserung der Nachhaltigkeit der Produktionsprozesse. Durch den Austritt Großbritanniens wird die klassische Marktliberalisierungscoalition geschwächt. Wenn die Niederlande aber eine Vision zur Modernisierung der Wirtschaft vorlegen können, lassen sich durchaus interessante neue Koalitionen mit Belgien, Luxemburg, Frankreich, Deutschland, Polen und Spanien bilden.

Auch für eine ‚schützende Europäische Union‘ lassen sich neue Koalitionspartner finden. Während die Niederlande sich in der Sozialpolitik doch noch hauptsächlich in einer Koalition von Ländern mit relativ stark ausgeprägten Wohlfahrtsstaaten bewegen und die französischen Vorschläge für einen europäischen Arbeitslosenfonds als zu weit gehend empfinden, sind in den Feldern Migration und Verteidigung aufgrund einschneidend geänderter internationaler Rahmenbedingungen neue Koalitionen erforderlich. Wenn es um diesen europäischen Schutzauftrag sowie um die Modernisierungsagenda geht, erweist Frankreich sich wiederum als wichtiger Verbündeter, genau wie andere große Mitgliedstaaten wie Spanien. Nach dem britischen Austritt wird sich die Koalitionsbildung für die Niederlande verstärkt zu einem offenen Feld entwickeln, auf dem es überholte Reflexe aus der niederländischen Außenpolitik zu überwinden gilt.

Auffällig ist, dass dieser neue europäische Kurs und die in den verschiedenen Politikbereichen entstehenden Koalitionen bisher nur geringfügig in die öffentliche Debatte in den Niederlanden und die Berichterstattung in den niederländischen Medien durchgedrungen sind, wo Europa noch hauptsächlich aus der Perspektive der niederländischen Steuerzahler betrachtet wird. Anscheinend wollte Ministerpräsident Rutte mit seiner Rede vor dem Europäischen Parlament versuchen, diesen Nachholbedarf in Angriff zu nehmen. Er beschrieb Europa als Schicksalsgemeinschaft, die in einer widerspenstigen Welt auf dem Spiel steht. Er nannte sogar ausdrücklich Frankreich als unverzichtbaren Verbündeten.¹⁵

Weiterführende Literatur

Luuk van Middelaar/Monika Sie Dhian Ho: Vaarwel Britten, het is tijd voor een nieuw Europa, in: NRC Handelsblad, 7.9.2018.

15 Rede von Mark Rutte am 13.6.2018 im Europäischen Parlament, abrufbar unter: <https://www.rijksoverheid.nl/actueel/agenda/2018/06/13/toespraak-in-europees-parlement> (letzter Zugriff: 17.10.2018).